

IRING FETSCHER (FRANKFURT AM MAIN)

## Die vergessene deutsche Oktoberrevolution 1923

Wenzel, Otto: 1923. *Die gescheiterte Deutsche Oktoberrevolution. (= Diktatur und Widerstand, Bd. 8)*, Münster: LIT Verlag 2003, 368 S., ISBN 3-8258-7246-7

*Deutscher Oktober 1923. Ein Revolutionsplan und sein Scheitern. Hrsg. von Bayerlein, Bernhard H./Babičenko, Leonid G./Firsov, Fridrich I./Vatlin, Aleksandr Ju., Berlin: Aufbau-Verlag 2003, 450 S., ISBN 3-351-02557-2*

Gefragt, was im Jahr 1923 in Deutschland geschah, würde die Antwort der meisten, auch der informierten Bürger lauten: die Ruhrbesetzung durch französische und belgische Truppen, der passive Widerstand dagegen auf Anweisung der Reichsregierung, die Hyperinflation und nicht zuletzt der Hitler-Ludendorff-Putsch am 9. November in München. Unter dem Gesichtspunkt der gesamteuropäischen Geschichte war aber das Scheitern einer von sowjetischen Kommunisten und der KPD-Führung geplanten revolutionären Erhebung das wichtigste Ereignis. Deutschland wurde nicht kommunistisch.

Otto Wenzel hat jetzt seine 1955 an der Freien Universität Berlin erstmals vorgelegte Dissertation *1923. Die gescheiterte Deutsche Oktoberrevolution* auf Grund inzwischen verfügbarer neuer Quellen ergänzt. Sie ist in der Reihe *Diktatur und Widerstand*, die von Manfred Wilke vom Forschungsverbund SED-Staat an der Freien Universität Berlin herausgegeben wird, erschienen. Die erste Auflage seiner Arbeit konnte seinerzeit, weil ihr eine finanzielle Beihilfe verweigert wurde, nur in maschinenschriftlicher Fassung erscheinen. Offenbar hat unter anderem Wolfgang Abendroth eine Verbreitung der von Otto Wenzel erkannten sowjetischen Beeinflussung der Aktionen der KPD für schädlich gehalten. Dabei haben sich die damaligen Urteile Wenzels durch die neuen Quellenfunde nach 1990 zum größten Teil voll bestätigt.

Die aus den später von Stalin verdrängten und umgebrachten Politikern Leo Trotzki, Grigori Sinowjew, Nikolaj Bucharin, Karl Radek usw. bestehende Führung der RKP(b) und der Komintern legte den größten Wert auf eine siegreiche Revolution in Deutschland. Der Quellenband *Deutscher Oktober. Ein Revolutionsplan und sein Scheitern* belegt dies nachdrücklich. Die Herausgeber haben dafür die zentralen Quellen aus dem ehemaligen Parteiarchiv des ZK der KPdSU, dem Kominternarchiv und dem Archiv des Präsidenten der Russischen Föderati-

on zusammengestellt. Die Beschlüsse, Resolutionen, Stellungnahmen, Briefe usw. stammen aus dem Zeitraum vom 2. Juli 1923 bis 19. Januar 1924 und bilden somit die Quellenbasis für jede weitere historische Forschung zum Thema. Alle 105 Dokumente stellen Erstveröffentlichungen dar und werden von einem einordnenden Kommentar der Herausgeber eingeleitet.

Sowohl die Arbeit von Otto Wenzel als auch der Dokumentenband gelangen zu der Feststellung, dass es in erster Linie die RKP(b) und die Komintern waren, die auf eine bewaffnete revolutionäre Erhebung in Deutschland drängten. Die KPD gab diesem Drängen nach. Lenin, der 1923 kaum noch handlungsfähig war, hatte ja betont, eine siegreiche proletarische Revolution in einem der fortgeschrittenen kapitalistischen Staaten würde das Aktionszentrum der Weltrevolution von Moskau dorthin verlagern. Obgleich Stalin nur wenig später die These von der Möglichkeit des Aufbaus des Sozialismus in einem Land (noch dazu in einem industriell so rückständigen wie Russland) vertrat, bemühte er sich, wie der Quellenband zeigt, noch 1923 intensiv um die Förderung der Revolution in dem industriell fortgeschrittenen Deutschland.

Die Zusammenhänge, die zu Beschlüssen der KPD und in der sowjetischen Partei führten, sind angesichts der damals noch bestehenden innerparteilichen Vielfalt einigermaßen kompliziert. In der deutschen Partei stehen radikale Linke wie Ruth Fischer und die Berliner Parteiorganisation gegen die KPD-Führung unter dem Vorsitzenden Heinrich Brandler.<sup>1</sup> Radek, der für die deutsche Entwicklung zuständige Angehörige der Kominternführung, unternahm mit einigen deutschen Kommunisten in seiner »Schlageter Rede« vom 21. Juni 1923 sogar den Versuch, die nationalistische Rechte für den gemeinsamen Kampf zu gewinnen. Die Mehrheit der kommunistischen Basis sprach sich dagegen aus. Sie nahm zu Recht an, dass Radek, der eine Anregung Sinowjews aufgegriffen hatte, die deutschen Zustände nicht genau genug kannte. Innerhalb der nationalistischen Rechten gab es ohnehin nur eine kleine Randgruppe, die bereit war, gemeinsam mit den Kommunisten und mit der Sowjetunion gegen die »Westmächte« zu kämpfen.

Neben der Bemühung um die Gewinnung von rechten Nationalisten spielte die so genannte »Einheitsfront« von Kommunisten und Sozialisten eine wichtige Rolle in den innerparteilichen Diskussionen. Dabei war das Fernziel der KPD wie der sowjetischen Führung die Trennung der sozialdemokratischen Parteimitglieder von ihrer Führung, ein Ziel, das in der Öffentlichkeit meist verschwiegen wurde. Die Tatsache, dass es 1923 in den Ländern Thüringen und Sachsen kurzzeitig Koalitionsregierungen von Kommunisten und Sozialdemokraten gab, wollten die Planer der deutschen Oktoberrevolution zur Beschaffung von Waffen für

---

<sup>1</sup> Zu Brandler, der den Aufstand schließlich stoppte, liegt eine kürzlich erschienene Biographie vor. Becker, Jens: Heinrich Brandler. Eine politische Biographie, Hamburg 2001.

Arbeiterbataillone nützen. Der Ministerpräsident Sachsens, der Sozialdemokrat Erich Zeigner, war jedoch hierzu ebenso wenig bereit wie sein thüringischer Kollege. Schließlich wurde die sächsische Regierung durch direkte Intervention der Reichsregierung abgesetzt und das Land kommissarisch unter Reichsverwaltung gestellt. Der in Sachsen einmarschierenden Reichswehr war die KPD mit ihren schwach gerüsteten Arbeiterbataillonen nicht gewachsen.

Konservative Kreise nahmen die Kampfparolen der Kommunisten ernst und sprachen von einem Zustand, der dem Russlands unter Alexander Kerenski ähnelte. Die Revolutionsfurcht verschaffte nicht nur in Bayern Nationalsozialisten und anderen Rechtsradikalen eine Zeit lang Auftrieb. Einige kommunistische Politiker – vor allem auch damals schon Stalin – sahen der Aussicht auf eine faschistische Erhebung durchaus gelassen entgegen. Sie gingen davon aus, dass wenigstens Teile des Kleinbürgertums und der Intelligenz (um beide wurde wiederholt geworben) sich gemeinsam mit den Kommunisten an einem Abwehrkampf gegen den militanten deutschen »Faschismus« beteiligen würden, der Faschismus also letztlich der proletarischen Revolution Vorschub leisten werde.

Im besetzten Ruhrgebiet gab es Ansätze zu einem Zusammengehen zwischen deutschen und französischen Kommunisten, die aber nicht bis zu einem effizienten Kampfbündnis gelangten. Massenarbeitslosigkeit, Hyperinflation und Ruhrbesetzung führten zwar zu erheblicher Unzufriedenheit unter den Arbeitermassen, angesichts der extremen Notlage entwickelte sich aber keine revolutionäre Energie. Die da und dort eintreffenden Hilfslieferungen von Lebensmitteln aus der Sowjetunion, die durch die KPD oder ihr nahe stehende Gremien verteilt wurden, reichten kaum aus, um traditionell an die SPD gebundene Arbeiter für die kommunistische Führung zu gewinnen. Die geplante Entsendung von großen Teilen der Roten Armee zur Unterstützung der Revolution blieb auf dem Papier. Zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion lag das eben erst siegreich aus dem Konflikt mit seinem östlichen Nachbarn hervorgegangene Polen, das kaum Anlass hatte, den Durchmarsch von Heeresstreitkräften zu dulden. Der Aufstand brach zusammen, bevor er richtig begonnen hatte. Nur in Hamburg kam es durch einen Kommunikationsfehler vom 23. bis 25. Oktober 1923 zu einer bewaffneten Aktion. Der »Hamburger Aufstand« wurde von der Polizei unter großen Verlusten niedergeschlagen.

Nachdem die Hoffnungen auf einen deutschen Oktober begraben waren, formulierte das Präsidium des Exekutivkomitees der Komintern am 19. Januar 1924 »Lehren der deutschen Ereignisse« (Deutscher Oktober 1923, S. 456–465). Ausgehend von der für die Komintern nach wie vor gültigen These, dass in Deutschland im Herbst 1923 revolutionäre Chancen bestanden hätten, werden die Ursachen für das Scheitern der Errichtung der »Diktatur des Proletariats« aufgelistet. So sei es der Führung der KPD nicht gelungen, die schwere Krise, die durch die Ruhrbesetzung verschärft wurde, genügend auszunützen und vor allem der Sozi-

aldemokratie die Führung der Arbeitermassen abzunehmen. Immerhin sei es gelungen, Teile des Kleinbürgertums für einen Kampf gegen das Großkapital und den französischen Imperialismus zu gewinnen. In der Zeit von September bis zum November 1923 hätte die Parteiführung durch sich ständig steigende Agitationen, Demonstrationen, Organisationen von Arbeiterräten usw. die Entwicklung vorantreiben müssen, was sie nur sehr unzulänglich getan habe. Vor allem sei es der KPD nicht gelungen, ihren Einfluss auf Arbeitermassen auszudehnen. Ihr Einfluss sei zwar gewachsen, aber sie sei noch nicht zur Führung des ganzen Proletariats gelangt. Ganz falsch sei auch die völlig fehlende Nutzung der Koalition mit der SPD in Sachsen gewesen. Die KPD habe sich auf eine parlamentarische Zusammenarbeit eingelassen, statt sofort die Volksbewaffnung und einschneidende Maßnahmen wie Beschlagnahme von Fabriken und Wohnungen für bedürftige Arbeiter zu ergreifen. Schließlich sei sie von der Reichsexekutive überrascht worden. Hauptschuld trage allerdings die Sozialdemokratie, vor allem deren linker Flügel, der nicht zu einer Kampfgemeinschaft mit den Kommunisten bereit gewesen sei. Dennoch müsse man sich weiter für eine »Einheitsfront« der Arbeiterklasse engagieren, ohne zu übersehen, dass die führenden Sozialdemokraten vor allem im Reich inzwischen »Soldknechte der weißen Diktatur« geworden seien. Reichspräsident Ebert sei praktisch ein Verbündeter des faschistischen (!) Generals von Seeckt. Einheitsfronttaktik verlange daher jetzt »Einheitsfront von unten«. An diesem Konzept der Komintern ist nicht nur die antidemokratische Orientierung auf bewaffneten Kampf und Diktatur des Proletariats (praktisch Diktatur der Parteiführung) charakteristisch, sondern auch auffallend, dass die Tatsache der wirtschaftlichen Konsolidierung durch die Einführung der Rentenmarkt am 15. November 1923, die zur Beendigung der Massenarbeitslosigkeit beigetragen hatte, nicht einmal erwähnt wird.

Das klägliche Scheitern des Aufstandes und dessen Beurteilung durch die Führung der Komintern trug wesentlich zur Veränderung der Machtverhältnisse in Moskau bei. Die Differenzen Trotzki mit der Parteiführung äußerten sich auch in seiner Beurteilung der Niederlage des deutschen Oktobers. Er hielt schon zuvor die Lageeinschätzung von Komintern und KPD für falsch. Radek wurde 1924 als »Trotzkist« aus der Führung verdrängt. Sinowjew bildete mit Stalin und Kamenew an der Spitze der RKP(b) die »Troika«. Er trennte sich jedoch 1925 – gemeinsam mit Trotzki und Kamenew – von Stalin, scheiterte aber im Machtkampf mit dem neuen »Woschd« (Führer). Letztlich führte das Scheitern des deutschen Oktobers zur Stalinschen These zum »Aufbau des Sozialismus in einem Land«, während Trotzki am Konzept der »permanenten Revolution« festhielt und für die Sowjetunion einen »Thermidor« prognostizierte. Die gescheiterte deutsche Oktoberrevolution 1923 hatte somit weit reichende Auswirkungen auf die Entwicklung der Sowjetunion und der kommunistischen Weltbewegung.